

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.07.2006

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:30 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Heino Ammersken

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Berendine Bamminger für Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze (bis 18.25 Uhr)

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz (bis 18.20 Uhr)
Ratsherr Herbert Buisker

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Gerhard Schaudinn für Ratsherr Rolf Bolinius

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Dietrich
Frau Anke Harbers
Frau Elsa Hartwig
Herr Klaas Hayenga
Frau Soghra Janssen
Herr Dr. Friedhelm Voges

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.07.2006

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel
Fachdienstleiter Dr. Ubbo Decker
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels
Stadtamtfrau Elisabeth Szag
Stadtamtmann Wolfgang Ubben
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Gleichstellungsbeauftragte Okka Fekken
Stadtamtsrat Wilhelm Büüsker
Stadtoberinspektor Karl-Ingo Meyer

Gäste

Integrationsrat: Herr Abdou Ouedraogo
1 Zuschauer
2 Vertreter der Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen und diesen unter Punkt 5 zu behandeln. Darüber hinaus bittet er darum, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 zusammenzufassen. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006 wird genehmigt.

Ergebnis einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Von dem anwesenden Zuschauer erfolgt keine Wortmeldung.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/2257-00
1. Änderung der Satzung des Integrationsrates der Stadt Emden

Herr Büüsker erläutert die Vorlagen.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.07.2006

Die Änderung der Satzung und der Wahlordnung sei im Rahmen einer Klausurtagung zwischen Integrationsrat und Verwaltung abgestimmt worden. Im Wesentlichen ergeben sich folgende Änderungen: Die Zahl der Mitglieder wird von 10 auf 7 reduziert. Die Zahl der Kulturkreise wird auf 5 reduziert. Im Übrigen habe sich gezeigt, dass das Verhältnis der Aussiedler im Vergleich zu anderen Nationen sehr hoch sei. Daher erfolge eine Anpassung

der Wahlordnung, zumal es sich bei Aussiedlern um Deutsche handele. Es erfolge eine Berücksichtigung der Personenkreise, die sich am stärksten an der Wahl beteiligt haben. Sofern nicht mehr als 7 Kandidaten zur Verfügung stünden, finde keine Wahl statt. Dann bestimme der Rat den Integrationsrat.

Die Wahlordnung wird dahingehend ergänzt, dass nunmehr eine Briefwahl möglich sei.

Herr Bongartz zeigt sich erstaunt über die geringe Wahlbeteiligung und möchte wissen, wie hoch diese bei der letzten Wahl gewesen sei.

Herr Büüsker erklärt, dass für die Wahl des Integrationsrates 2049 Ausländer und 134 Aussiedler wahlberechtigt gewesen seien. Davon haben 59 Ausländer und 92 Aussiedler ihre Stimme abgegeben.

Herr Bongartz zeigt sich sehr verwundert, dass zwar ein Integrationsrat gebildet worden sei, aber nur 2,5 % der Wahlberechtigten ein Votum abgegeben hätten. Für die Besetzung eines Integrationsrates sei eine entsprechende Wahlbeteiligung unabdingbar. Er sehe hier Handlungsbedarf.

Herr Ouedraogo stimmt den Äußerungen von Herrn Bongartz zu. Er führt aus, dass auch der Integrationsrat seine Bemühungen zu verstärken habe, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Allerdings sei hier auch die Politik gefordert, Migrationsarbeit zu leisten. Daher richte er die Bitte an die Politik, bei den nächsten Wahlen entsprechende Unterstützung zu bekommen.

Frau Schmidt macht deutlich, dass dem Wähler vermittelt werden müsse, welche Arbeit im Integrationsrat geleistet werde. Nach ihrer Ansicht wissen die Migranten zu wenig über die für sie geleistete Arbeit. Sie richte daher einen Appell an den Integrationsrat, für die Arbeit des Integrationsrates zu werben.

Herr Dr. Beisser hält es für bedenklich, wenn Mitglieder des Integrationsrates durch den Rat bestimmt werden müssten, wenn nicht mehr als 10 Kandidaten für eine Wahl zur Verfügung stehen würden.

Herr Meyer weist darauf hin, dass die letzte Wahl des Integrationsrates aufgrund der bisher bestehenden Wahlordnung durchgeführt werden musste, obwohl sich nur 9 Kandidaten zur Wahl gestellt hätten.

Herr Davids möchte wissen, wer die Kandidaten für den Integrationsrat vorschlägt. Darüber hinaus bittet er um Mitteilung, wie derzeit die Arbeit im Integrationsrat ablaufe.

Herr Meyer erwidert, dass die Kandidaten für den Integrationsrat per Wahlvorschlag mit Unterstützungsunterschriften vorgeschlagen werden. Zur Arbeit des Integrationsrates könne er nur sagen, dass regelmäßig monatlich eine Sitzung stattfindet und Probleme in der Zusammenarbeit mit anderen städtischen Stellen nicht bestehen.

Frau Soghra Janssen gibt zu Bedenken, dass die Kandidaten keine Möglichkeit der Wahlwerbung hätten, daher sei es sehr schwierig, Wähler für die eigene Sache zu gewinnen.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.07.2006

Herr Davids fragt nach, welche Themen derzeit im Integrationsrat behandelt werden und ob eine Beschlussfähigkeit zu jeder Sitzung gegeben sei.

Herr Ouedraogo erläutert, dass aktuelle Themen auf der Tagesordnung stünden. Derzeit werde das Thema Jugend behandelt. Eine Beschlussfähigkeit des Integrationsrates sei bisher bei jeder Sitzung gegeben.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/2257-00 als Anlage 1 beigefügte Änderung der Satzung des Integrationsrates der Stadt Emden

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/2258-00
1. Änderung der Wahlordnung des Integrationsrates der Stadt Emden

-siehe Ausführungen zu Punkt 5-

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/2258-00 als Anlage 1 beigefügte 1. Änderung der Wahlordnung für den Integrationsrat der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 7 Vorlage 14/2259-00
Kommunalpolitische Ausschussarbeit des Ausschusses Gesundheit und Soziales von 2001 bis 2006

Die in der Mitteilungsvorlage aufgeführten Personen geben einen Überblick über die in der Zeit von 2001 bis 2006 erzielten Ergebnisse in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales anhand einer Power-Point-Präsentation, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem eingesehen werden kann.

Herr Dr. Beisser erklärt, dass er die Förderung der Personen unter 25 Jahre für sehr wichtig halte. Jedoch dürfe mittelfristig nicht vergessen werden, dass auch die älteren Arbeitnehmer einer Förderung bedürfen. Im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes sei es sehr wichtig, auch die 50 - 60-jährigen in den Genuss einer Förderung zu bringen.

Herr Discus erwidert, dass es sich um einen gesetzlichen Auftrag handele, die Personen unter 25 Jahren besonders zu fördern. Er versichere aber, dass der von Herrn Dr. Beisser angesprochene Personenkreis nicht vernachlässigt und mit gezielten Förderungsmaßnahmen berücksichtigt werde.

Herr Lutz ergänzt, dass zurzeit ein Trend erkennbar sei, wonach die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II nicht weiter ansteige. Hier bleibe die weitere Entwicklung abzuwarten. Im Übrigen weist er darauf hin, dass in den letzten beiden Jahren ca. 450 - 500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Emden pro Jahr geschaffen worden seien. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei dies eine herausragende Zahl.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.07.2006

Zum Abschluss bedankt sich **Herr Ammersken** bei den Ausschussmitgliedern und den Vertretern der Verwaltung. Er bemerkt, dass die Arbeit des Ausschusses von fairer und sachlicher Diskussion geprägt sei und er sich für die Zukunft wünsche, dass weiterhin so verfahren werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 8 Vorlage 14/2227-00
Sachstandsbericht Koordinierungsstelle zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen;
-Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.05.2006

Frau Johanne Janssen von der Koordinierungsstelle zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen erläutert die Vorlage anhand einer Power-Point-Präsentation, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem einzusehen ist.

Herr Buisker merkt an, dass die im Ausschuss vorgestellte Präsentation keine abschließende Antwort auf die im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen formulierte Aufforderung gebe, die Arbeit der Koordinierungsstelle und nachweisbare Erfolge vorzustellen. Darüber hinaus wundere er sich, dass in dem von Frau Janssen verteilten Flyer kein Hinweis auf die Beratungsstelle Leer erfolge.

Frau Janssen erwidert, dass der Flyer auf die gesamte Region Ostfriesland verweise. Auf die Koordinierungsstelle „Frauen und Beruf“ in Leer werde auf der Rückseite des Flyers verwiesen. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die Arbeit der Koordinierungsstelle Leer sehr gut angenommen werde. Es sei vielmehr erforderlich, im Bereich der Stadt Emden die noch nicht genutzten Möglichkeiten stärker zu fördern. Sie macht aber auch deutlich, dass die Zusammenarbeit z.B. mit der Volkshochschule, dem Existenzgründerinnenzentrum oder der Firma MD-Schulung bereits sehr gut sei.

Frau Fekken erläutert, dass sich durch die Einführung des SGB II auch in der Arbeit der Koordinierungsstelle Änderungen ergeben haben. So seien in den Bezirken Aurich und Emden Arbeitsgemeinschaften mit der Bundesagentur für Arbeit gebildet worden, während der Landkreis Leer optiert habe. Für den gesamten Bereich Ostfriesland würden mittlerweile 1,5 Stellen zur Verfügung stehen. Insbesondere die Stelle von Frau Janssen habe sich bewährt, da durch ihre Arbeit die Zusammenarbeit mit der ARGE Emden verbessert werden konnte. Zudem sei es möglich, mit ihrer Hilfe passgenaue Angebote zu ermitteln.

Frau Janssen bestätigt die Äußerungen von Frau Fekken und weist darauf hin, dass der Bereich Emden zu einem Drittel von ihrer Arbeit profitiere.

Herr Schaudinn verweist auf den zusätzlichen Flyer für besondere berufliche Qualifizierungen und bittet um Mitteilung, ob für interessierte Frauen eine Erstattung dieser Gebühren vorgesehen sei.

Frau Janssen erwidert, dass eine Gebührenerstattung durch die ARGE erfolge.

Frau Fekken ergänzt, dass im Übrigen ein besonderer Topf zur Verfügung stünde, aus dem entsprechende Teilnehmergebühren erstattet werden können.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.07.2006

Frau Schmidt macht deutlich, dass der Antrag gestellt worden sei, um zu erfahren, wofür die Stadt Emden ihren Beitrag leiste. Bislang sei die berufliche Qualifikation und Förderung von Frauen spärlich gewesen. Durch die Koordinierungsstelle werde aber ein höherer Stellenwert erreicht.

Herr Bongartz sieht es als problematisch an, dass die Koordinierungsstelle zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen bislang nicht so gut angenommen worden sei. Möglicherweise komme es hier zu einem Interessenkonflikt, da sowohl die ARGE Emden als auch die Koordinierungsstelle entsprechende Förderungen für Frauen anbieten. Er möchte wissen, welche Stelle zuerst von interessierten Frauen aufgesucht wird, wenn diese arbeitslos sind.

Frau Fekken macht deutlich, dass eine Trennung von infragekommenden Personenkreisen nur schwierig möglich sei. Es handele sich überwiegend um Wiedereinsteigerinnen, die lange Zeit aufgrund der Kinderbetreuung keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Dies habe zur Folge, dass eine Anspruchsberechtigung auf Leistungen nach dem SGB II oder SGB III häufig fehle, sodass eine Förderung durch die ARGE nicht in allen Fällen möglich sei. Es handele sich daher um unterschiedliche Personenkreise, die von der Koordinierungsstelle unterstützt werden.

Herr Discus führt aus, dass die ARGE zwar grundsätzlich auch Vermittlungstätigkeit leiste, aber zurzeit mehr als 6.200 Personen zu betreuen habe. Das SGB II ziele bewusst darauf ab, auch andere Stellen für die erfolgreiche Vermittlung einzuschalten. Es sei bei den infragekommenden Personen daher sehr wichtig, den Arbeitsvermittler in der ARGE einzuschalten, um auch die eventuelle Frage einer Finanzierung zu klären. Darüber hinaus sei zurzeit eine Entwicklung erkennbar, wonach die Zahl der allein erziehenden Personen ansteige. Aus diesem Grunde sei eine gute Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle wünschenswert.

Frau Fekken führt ergänzend aus, dass viele Frauen über Rechte nicht informiert seien, sodass eine Aufklärung auch über die Koordinierungsstelle dringend notwendig sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt : 10 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Es liegen keine neuen Informationen vor.

Punkt : 11 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.